

# Öffentliche Banken: Kein Tarifabschluss trotz Annäherung in der 5. Tarifrunde Öffentliche Banken / Verhandlungen sollen zeitnah fortgesetzt werden

Düsseldorf, 21.01.2022



**Stephan Szukalski**  
DBV-Bundesvorsitzender

In der 5. Tarifrunde Öffentliche Banken am 20.01. konnte mit dem VÖB, der neben Landesbanken und Förderbanken auch eine Reihe regionaler Sparkassen vertritt, erneut keine Einigung erzielt werden.

Immerhin bleibt festzuhalten, dass seitens des VÖB folgendes verbessertes Angebot vorgelegt wurde, das unseren Forderungen ein ganzes Stück entgegenkommt:

- **750 € Einmalzahlung sofort nach Tarifabschluss als Corona-Prämie (meist steuer- und beitragsfrei)**
- **3,0% Tariferhöhung zum 01.11.2022**
- **2 Tage einmaliger, zusätzlicher Sonderurlaub 2023**
- **Arbeitszeitverkürzung auf 38 Wochenstunden ab 2024**

Die Struktur des Angebots aus Gehalts- und Freizeitkomponenten begrüßen wir ausdrücklich. **Letztlich war das Gesamtvolumen, insbesondere die für 2023 als einzige Komponente angebotenen zwei Sonderurlaubstage für einen Abschluss nicht ausreichend.**

Der VÖB hat seinerseits nun angekündigt, die Corona-Prämie seinen Instituten als freiwillige Zahlung zu empfehlen. Wir begrüßen das ausdrücklich, und fordern die Mitgliedsbanken auf, dieser Empfehlung zu folgen.

**Stephan Szukalski, der Verhandlungsführer des DBV:**

**„Wir begrüßen die Empfehlung des VÖB, seinen Mitgliedsbanken die Corona-Prämie auf freiwilliger Basis zu zahlen, und die Beschäftigten nicht in Geiselhaff für die gescheiterte Tarifrunde zu nehmen. Derzeit ist eine solche Zahlung noch „brutto-für-netto“ möglich, und daher für die Mitarbeiter besonders interessant.**

**Bedauerlich ist, dass eine Einigung trotz erheblicher Bemühungen auf allen Seiten nicht mehr möglich war. Wir alle sind nun gefordert, trotz Corona möglichst zeitnah weiterzuverhandeln!“**

Wir sind seit 1894 eine Branchengewerkschaft für die Beschäftigten der Volks- und Raiffeisenbanken, der Privaten und Öffentlichen Banken und der Privaten Versicherungsunternehmen. Unseren rund 20.000 Mitgliedern bieten wir arbeits- und sozialrechtliche Beratung und Rechtsschutz und schließen Tarifverträge mit den vier zuständigen Arbeitgeberverbänden.